

Fällt der Sommerurlaub ins Wasser?

Von Christoph Schoenwiese

Nach Usedom und ans Stettiner Haff darf man derzeit nicht reisen. Nicht die erste Einreiseperrre in MV. War es das jetzt mit dem Urlaub? Nun, die Verzweiflung ist groß.

SCHWERIN. Wegen gestiegener Corona-Infektionszahlen gilt wieder ein Einreiseverbot für den Landkreis Vorpommern-Greifswald. Damit sind auch Ausflüge der Einwohner aus anderen Landkreisen in MV und Besuche von Zweitwohnungsbesitzern – ohne „triftigen Grund“ – untersagt, wie ein Kreissprecher gestern erklärte. Betroffen sind entsprechend auch Deutschlands zweitgrößte Insel Usedom sowie das Stettiner Haff, wo traditionell viele Berliner, Brandenburger und Sachsen Feriensitze haben.

Ein solches Einreiseverbot gab es schon Mitte Januar an. Damals wies die Polizei Hunderte Autofahrer ab. Selbst wenn die Zahlen also wieder besser werden sollten: Droht der Urlaubsommer nun ins Wasser zu fallen? Tourismus und Gastgewerbe brauchen Gewissheit, ob im Sommer Touristen von außerhalb nach MV kommen dürfen.

Für die Touristiker zählt jeder Tag! „Es ist nicht mehr die Frage, ob wir Ostern hätten öffnen müssen oder an Pfingsten öffnen können“, sagt Nadine Riethdorf, Vorsitzende des Tourismusverbands Insel Usedom. Die Hotels befinden sich im siebten Monat ohne Gäste. Die Mitarbeiter sind größtenteils in Kurzarbeit. Mitarbeiter, die auf Usedom oft selbst als zweites



Werden die Strände, hier Ahlbeck auf Usedom, voll oder bleiben sie leer?

FOTO: ANDRÉ RAU

Standbein Ferienwohnungen anbieten. Mitarbeiter, denen auch dort die Einnahmen fehlen. Riethdorf sagt, rund 80 Prozent der etwas mehr als 76.000 Einwohner leben direkt oder indirekt vom Tourismus. „Da ist klar: Irgendwann sind auch andere Branchen in Gefahr“, sagt sie.

Volle Strände und Hotels im Sommer wären da natürlich ein Segen. Offenbar aber auch ein Fluch, wenn man sich die Entwicklung der Infektionszahlen anschaut. Nadine Riethdorf ist da selbstbewusst: Hygienekonzepte lägen vor; sicheres Reisen wäre jederzeit möglich. Ist sie sauer auf jene, die die Schließung der Hotels

und Gaststätten beschlossen haben? „Ich möchte nicht Entscheider in der Politik sein“, sagt sie. Und doch hätte man anders handeln müssen. „Ein strenger Lockdown im November wäre das Beste gewesen“, sagt Nadine Riethdorf. Da seien sich die Touristiker im Nachhinein einig.

Tourismusbranche kriecht auf dem Zahnfleisch
Fanny Holzthüter, Chefbin des Tourismusverbands Vorpommern hofft indes schon auf Pfingsten. „Die Touristiker warten seit November auf eine Öffnungsperspektive“, sagt sie. Aber die Zahlen! „Vielleicht wäre ein Lockdown

ja doch noch ein gutes Mittel“, sagt Holzthüter. Den Sommer abschreiben will in Vorpommern und am Stettiner Haff laut Holzthüter niemand. „Alle glauben noch an den Sommer.“

Lars Schwarz, MV-Chef des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbands, hegt deutliche Zweifel, ob die sogenannte Bundes-Notbremse zur Senkung des Infektionsgeschehens führen wird. Und führt seine Branche als Beispiel an. „Hotels, Gaststätten, Cafés – die haben alle seit Monaten geschlossen. Die Coronainfektionen nehmen trotzdem zu!“ Diese Einrichtungen seien keine Pandemietreiber, sagt Schwarz. Genauso wenig wie

der Einzelhandel. Der muss nun aber auch bald wieder schließen, spätestens, wenn die Bundes-Notbremse gezogen wird. Inzidenz über 100 – Schluss mit welcher Form des Einkaufs auch immer.

Sehr zum Leidwesen der Touristiker. Schwarz: „Die Almeristen kriechen auf dem Zahnfleisch. Und die Hilfen reichen absolut nicht aus.“ Vielmehr noch: Die Überbrückungshilfe 3 sei ein schlechter Witz. Viele wüssten noch gar nicht, was sie alles nicht bekommen werden, so Schwarz.

Kurzes Beispiel: Ist jemand Eigentümer – ob Ferienwohnung, Pension oder Größeres – zählt er in aller Regel das

Darlehen seiner Bank zurück. Dafür gibt es keine Überbrückungshilfe. Die wird nur für die Zinsen gezahlt, die der Unternehmer an seine Bank entrichten muss. Anders bei einem Pächter: Der zahlt dem Eigentümer die Pacht in Form der Miete; die gehört laut Schwarz zu den Betriebskosten, wird also von der Überbrückungshilfe gedeckt. Unterm Strich ein Riesenschied. Das werden die meisten laut dem Dehoga-Chef aber erst mitbekommen, wenn die Steuererklärung fällig ist.

Sommer-Hoffnung noch nicht ganz aufgegeben

Vom Wut-Beispiel zurück zur Sommer-Hoffnung. „Ich bin fest davon überzeugt, dass wir Touristen begrüßen dürfen“, sagt Lars Schwarz. Bis dahin müssten aber alle Tourismus-Beteiligten Hygiene-Profis sein. „Letztlich müssen wir doch nur die Maßnahmen aus dem vergangenen Sommer erneut umsetzen; nur vielleicht etwas detaillierter“, sagt Schwarz.

Und wenn die Zahlen schlecht bleiben oder noch schlechter werden? „Wir sind nicht blauäugig“, sagt Schwarz. Man könne und wolle nicht um jeden Preis öffnen; der Gesundheitsschutz war und ist am wichtigsten. Sollte die Branche aber geschlossen bleiben, brauche sie eine bessere Entscheidung als die bisherige. „Wenn wir das Sonderopfer sind, damit der Rest der Wirtschaft weiterläuft, müssen wir dementsprechend entschädigt werden“, sagt Lars Schwarz.

Kontakt zum Autor

c.schoenwiese@nordkurier.de

Immer mehr Deutsche zieht es nach Polen

Von Carsten Korfmacher

Da die Immobilienpreise in der Heimat steigen, weichen viele Deutsche ins Nachbarland Polen aus. Besonders beliebt: die polnische Ostseeküste.

NEUBRANDENBURG. Die Zahl der deutschen Immobilienkäufer in Polen hat in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Dies geht aus Gesprächen des Nordkurier mit führenden polnischen Immobilienmaklern und Kennern des polnischen Immobilienmarktes hervor. Deutsche interessieren sich vor allem für Ferienwohnungen, Apartments und Häuser, die sie häufig selbst nutzen, manchmal aber auch weitervermieten. In der Zeit vom EU-Beitritt Polens im Jahr 2004 bis heute seien alleine an der polnischen Ostseeküste mindestens 1000 Objekte an Deutsche verkauft worden, schätzt Eberhard Staritz, Chef der Swinemündener Immobilien-Firma „Usedomo Immobilien“.

Vor allem in den vergangenen Jahren habe die Zahl stark zugenommen: „Von Jahr zu Jahr ist mit einer Steigerung von circa 25 Prozent zu rechnen“, so Staritz. Für Immobilienmaklerinnen Katharina Matussek sind diese Zahlen sogar konservativ geschätzt. „Die Zahl der deutschen Interessenten für Immobilien an der Ostsee hat sich in den letzten zwei bis drei Jahren vervielfacht“, so die Maklerin, die sich

aufgrund der stark gestiegenen Nachfrage der vergangenen Jahre als Vermittlerin für Immobilien in den Urlaubsorten Swinemünde und Misdroy spezialisierte.

Und das, obwohl sich in dieser Zeit die Preise verdoppelt haben: Zahlte man im Jahr 2004 noch rund 1340 Euro für einen Quadratmeter Wohnfläche, sind es heute nach Staritz Berechnungen bereits 2640 Euro – und zwar Wechselkursbereinigt. Zum Vergleich: Für eine Neubauwohnung in Berlin zahlt man 6000 Euro pro Quadratmeter, durchschnittlich werden in der Bundeshauptstadt zwischen 3000 und 4000 Euro fällig. In Mecklenburg-Vorpommern liegt der Preis vor allem in den ländlichen Regionen zumeist deutlich unter 2000 Euro.

Schnäppchen zu schießen wird aber mittlerweile auch in Polen immer schwieriger, denn vor allem an der Ostseeküste ziehen die Preise seit Jahr-

ren stark an. Zuletzt seien sie „in den beliebten polnischen Badeorten wie Swinemünde, Misdroy oder Kolberg trotz eines schwierigen Jahres 2020 im zweistelligen Prozentbereich gestiegen“, sagt der Immobilienmakler David Lis, der in Posen ansässig ist und in den vergangenen Jahren Objekte an zahlreiche deutsche Interessenten verkaufte. „Die teuersten Luxusobjekte mit herrlichem Meerblick können sogar bis zu 8000 Euro pro Quadratmeter kosten“.

Polen konkurriert mit MV um Touristen
Durchschnittlich lägen die Preise bei auch für deutsche Verhältnisse teuren 3000 bis 4000 Euro pro Quadratmeter – was aber auch daran liegt, dass in den vergangenen Jahren an der Küste zahlreiche exklusive Neubauten im höheren Preissegment entstanden sind. Vergleichsweise günstige Apartments und Ferienwohnungen

sind aufgrund der größeren Auswahl noch im Bade- und Kurort Kolberg zu haben, so Makler Lis. Hier lägen die Preise zwischen 2200 und 3300 Euro pro Quadratmeter. Laut Maklerin Matussek seien aber selbst in Swinemünde Preise um die 2000 Euro möglich – nämlich dann, wenn man sich mit einer Entfernung von zwei bis drei Kilometern zum Strand zufriedengebe.

Allerdings wird das nur eine Momentaufnahme sein, glaubt der im Badecort Misdroy ansässige Immobilien-Makler Marcin Kurylowicz. „Die Orte an der polnischen Ostseeküste wachsen rasend schnell, vergleichbar mit Großstädten“, so Kurylowicz. Es entstünden immer mehr Wohnungen und Hotels vor allem im Luxussegment, selbst kleine Badeorte vergrößerten ihre Freizeitangebote rapide – und bildeten so aufgrund der vergleichsweise günstigen Preise eine ernst zunehmende Konkurrenz für die touristischen Hotspots in MV. Obwohl die Zahl der deutschen Immobilien-Käufer zugenommen habe, seien sie noch zu wenig am Wachstum der polnischen Ostseeküste beteiligt. „Wir sind praktisch eine Region, aber die Großinvestoren kommen aus Belgien oder Norwegen“, sagt Kurylowicz. Deutschen machten zwischen 10 und 15 Prozent aller Investoren an der Ostseeküste aus.

Kontakt zum Autor

c.korfmacher@nordkurier.de



Polen hat viele attraktive Städte zu bieten, wie ein Blick nach Posen zeigt. Das wissen deutsche Immobilienkäufer. FOTO: CIERESZKO

Steuerhinterziehung: Bäckerei-Betreiber bestreiten Vorwürfe

Von Jakob Spalteholz

Ein Bäcker und seine Ex-Frau sollen über eine Million Euro Steuern hinterzogen haben. Einige Vorwürfe könnten jedoch bereits verjährt sein.

SCHWERIN. Wegen des Vorwurfs der gemeinschaftlichen Steuerhinterziehung müssen sich der 56-jährige Bäcker Bernd K. und seine 54-jährige frühere Ehefrau aus Neustrelitz, Konstanze H., vor dem Landgericht Schwerin verantworten. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen vor, rund 1,3 Millionen Euro an Umsatz-, Einkommen- und Gewerbesteuer für die Jahre 2005 bis 2010 hinterzogen zu haben. Dabei sollen sie von dem ebenfalls angeklagten 76-jährigen Steuerberater Michael F. aus Hamburg unterstützt worden sein. Laut Anklage entnahmen die Geschäftsleute Bargeld aus den Kassen ihrer Kowalewski-Bäckereifilialen und brachten es auf ein Konto in der Schweiz, um keine Steuern zahlen zu müssen.

Die drei Angeklagten bestreiten die gegen sie erhobenen Vorwürfe gestern am ersten Prozessstag. Die Berechnungen und Schätzungen der Steuerfahndung beruhen



Gestern begann der Prozess vor dem Landgericht in Schwerin. FOTO: JENS BÜTNER

auf falschen Annahmen, sagte der angeklagte Unternehmer. Er habe jeden Cent in sein Unternehmen gesteckt. Seine frühere Partnerin erklärte, wegen der Forderungen des Finanzamtes habe ihr gemeinsames Unternehmen Insolvenz anmelden müssen. Bei ihm sind nach Angaben der Angeklagten bis zu 205 Mitarbeitende in 19 Filialen angestellt.

Die Frau und ihr Ex-Mann befinden sich nach ihren Angaben in Privatinsolvenz. Sie hätte eine Einstellung des Verfahrens gegen Zahlung einer Geldauflage begrüßt, so die 54-jährige weiter. Allerdings hatte die Staatsanwaltschaft im Vorfeld des Prozesses einen entsprechenden Vorschlag des Gerichts abgelehnt.

AZ: 31 Kls 8/18